

Ergebnis der Sitzung des Gemeinderates vom 12. August 2008

Weitere Erschließung des Gewerbegebietes „Wieser Weg“– „Gewerbepark Obermosel“ in Besch

Die dem Bau- und Umweltausschuss bereits vorgelegte Planung wurde von Dipl.-Ing. Heinke vom Ing.-Büro Paulus & Partner im Einzelnen unter Hinweis auf die ermittelten Kosten vorgestellt. Unter anderem wurde erläutert, dass für den I. BA, d.h. die Gewerbeflächen in Richtung Besch mit einer Größe von ca. 5 Ha Gesamtkosten von 1,2 Mio. € entstehen. Hierin enthalten wären u.a. auch die Kosten für die Erdverkabelung der 20 kV-Leitung und die Verlegung der Gasleitung, die jeweils auf 80.000,-- € bis 100.000,-- € geschätzt werden. Für die Erschließung des zweiten Bauabschnittes, der sich von der Zufahrt aus in Richtung Nennig befindet, sind überschlägige Kosten von 820.000,-- € ermittelt worden.

Eingangs der zum Teil kontrovers geführte Diskussion erklärte Fraktionsvorsitzender Stegmann, dass nach seinem Dafürhalten das hier vom Ingenieurbüro bzw. der Verwaltung vorgelegte Projekt entsprechend dem ursprünglichen Antrag der CDU-Fraktion nicht weitgehend genug sei. Die CDU-Fraktion bringe daher einen neuen Beschlussantrag ein, der insgesamt sechs Einzelpunkte beinhaltet; daraufhin wurde von ihm folgender Antrag zur Abstimmung vorgelegt:

- 1. Das Ingenieurbüro wird beauftragt für den Bereich 1 in Richtung Besch die Voraussetzung für die Ausschreibung der Erschließung unter Einbeziehung einer besseren technischen Ausstattung zu schaffen, damit die entstehenden Kosten bekannt werden.*
- 2. Die Verwaltung wird gebeten, die Bezuschussung der Maßnahme zu prüfen.*
- 3. Die Verwaltung soll zur nächsten Bauausschusssitzung über den Stand der Gespräche mit den Interessenten berichten.*
- 4. Die Verwaltung soll weiterhin einen Entwurf von Vergaberichtlinien analog der Wohngrundstücke vorlegen.*
- 5. Das Ingenieurbüro soll für den Bereich 2 in Richtung Nennig die Erschließung des Geländes ausschreibungsreif aufarbeiten.*
- 6. Das Ingenieurbüro soll wegen dem restlichen Gelände in Richtung Nennig (Bereich 3) einen Umsetzungsplan entwickeln unter der Voraussetzung der vorrangigen Nutzung der eigenen Grundstücke bzw. der Einbeziehung der Fremdgrundstücke im Rahmen eines Umlegungsverfahrens nach BauGB.*

Der Vorsitzende erklärte hierzu, dass nach seiner Auffassung diese sechs Punkte weitgehend bereits durch den Beschluss der beiden Ausschüsse vom 05.08.2008 abgedeckt seien und man sich zunächst besser auf die Ausschreibung des ersten Bauabschnittes konzentrieren sollte, um möglichst umgehend entsprechende Grundstücke für die anstehenden Interessenten bereitstellen zu können.

SPD-Fraktionsvorsitzender Schreiner ergänzte hierzu, dass man sich nicht durch eine so weitgehende Planung verzetteln sollte, da dies ggf. die Gefahr einer weiteren Verzögerung bei der Erschließung bzw. der Bereitstellung von Flächen mit sich bringen könne. Dies wurde jedoch von Seiten der CDU-Fraktion zurückgewiesen.

Nach einer zum Teil kontrovers geführten Diskussion hierzu ließ der Vorsitzende über die sechs Punkte des CDU-Antrages einzeln abstimmen. Danach wurden Punkt 1 -5 jeweils einstimmig und Punkt 6 mehrheitlich angenommen.

Darüber hinaus beschloss der Gemeinderat einstimmig, die Flächen einschl. der Bodenverbesserung zu erschließen und die Ausschreibung für den I. BA sofort in die Wege zu leiten.

Ebenfalls einstimmig beschloss der Gemeinderat abschließend, der Telekom den Auftrag zur Verbesserung der Versorgung im Bereich der Datenleitungen in einer Höhe von 50.000,-- € zu erteilen.

Neubau Trinkwasser-Hochbehälter in Nennig – Projektvorstellung

Die Planungsphase für den geplanten Neubau des Trinkwasserhochbehälters in Nennig einschl. des dazugehörigen Genehmigungsverfahrens konnte zwischenzeitlich soweit abgeschlossen werden, so dass noch zum Herbst 2008 die ersten Arbeiten hierzu öffentlich ausgeschrieben werden könnten.

Das Projekt wurde anhand der aktuellen Ausführungsplanung dargestellt. Im ersten Bauabschnitt sind Erd-, Maurer- und Betonarbeiten für das Bauwerk des Hochbehälters vorgesehen. Im zweiten Bauabschnitt die Verlegung der Zu- und Ablaufleitung zum Pumpwerk und der Überlaufleitung in Richtung Fels.

Der Bau des Hochbehälters selbst (I. BA) sollte nach Möglichkeit noch im laufenden Haushaltsjahr beauftragt und ausgeführt werden. Die Auftragserteilung für die Arbeiten des II. BA könnten dann ggf. noch bis zur Jahresschlussitzung ausgeschrieben und ebenfalls in Auftrag gegeben werden.

Die Gesamtkosten nach der vom Ingenieurbüro erstellten Kostenschätzung belaufen sich auf rd. 1,2 Mio. € Damit kann die Trinkwasserversorgung im Gemeindegebiet auf Dauer sichergestellt werden.

Abschließend beschloss der Gemeinderat einstimmig, den ersten Bauabschnitt zum Bau des Hochbehälters wie im Projekt vorgestellt umgehend auszuschreiben.

Infrastrukturprojekt der Telekom für die Gemeinde Perl – Vertragsabschluss

Mit dem geplanten Infrastrukturprojekt der Telekom für den Bereich der Gemeinde Perl hatte sich der Bau- und Umweltausschuss am 17.07.2008 eingehend befasst. In dieser Sitzung haben die Vertreter der Telekom das geplante Projekt sehr ausführlich dargestellt.

Die Grundlage dieser Infrastrukturmaßnahme ist vor allem die Situation in den Ortslagen von Sinz und Tettingen-Butzdorf in denen zurzeit keine freien Hauptkabel für weitere Telefonanschlüsse zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund gehen die Kosten des Tiefbaus und der Kabelverlegung, die zum Teil im Zuge des Ausbaus der Verbindungsstraße Tettingen-Nennig ausgeführt werden gänzlich zu Lasten der Telekom. Auf die Gemeinde Perl entfallen lediglich die Kosten der einzubauenden ergänzenden Technik, die sich für Sinz auf 21.500,-- € und für die Ortsteile Tettingen-Butzdorf/Wochern auf 52.000,-- € also auf insgesamt 73.500,-- € belaufen. Durch die Parallelausführung bzw. die Ausführung der Gesamtmaßnahme kann eine weitere Ersparnis von 15.500,-- € erzielt werden, so dass der Investitionskostenzuschuss der Gemeinde sich auf 58.000,-- € reduziert.

Der Vorsitzende erläuterte noch mal die Situation und den von der Telekom vorgelegten Vertragsentwurf. Danach werden für die Refinanzierung des Gemeindeanteiles lt. Vertrag 134 Neuanschlüsse gefordert. Unabhängig davon, ob diese Zahl zu erreichen sei, sollte man nach Ansicht des Vorsitzenden jedoch den Vertrag jetzt abschließen, insbesondere um den Bürgern der Gemeinde Perl die Möglichkeit eines zeitgemäßen, schnellen Internetzugangs zu bieten; ebenso sprachen sich die Vertreter aller Fraktionen für den Abschluss des Vertrages aus.

Abschließend beschloss der Gemeinderat entsprechend der Empfehlung des Bau- und Umweltausschusses einstimmig, den Vertrag mit der Telekom in der vorliegenden Form abzuschließen.

Errichtung von Windkraftanlagen in der Gemeinde im Bereich „Renglischberg“

Die Firma Natenko Windkraftanlagen Saar-Lor-Lux aus Merzig beabsichtigt die Errichtung einer Windkraftanlage auf einem gemeindeeigenen Grundstück auf Gemarkung Oberleuken im Bereich des Renglischberges. Mit dem entsprechenden Antrag der Firma Natenko hat sich der Bau- und Umweltausschuss am 17.07.2008 bereits eingehend befasst. Auch im angrenzenden Bereich der Gemeinde Mettlach soll eine weitere Windkraftanlage entstehen.

Die Gemeinde Mettlach hat für die geplante zusätzliche Windkraftanlage auf der Gemarkung Faha bereits einen Zielabweichungsantrag hinsichtlich der Festsetzungen des Landesentwicklungsplanes "Umwelt" an das Ministerium für Umwelt (MfU) gerichtet.

Aufgrund der aktuell gültigen Festsetzungen im Landesentwicklungsplan "Umwelt" ist auf dem Gebiet der Gemeinde Perl kein Vorranggebiet für Windkraft ausgewiesen. Um das Vorhaben zu verwirklichen müsste die Gemeinde Perl beim MfU ebenfalls einen Antrag auf Durchführung eines so genannten "Zielabweichungsverfahrens" stellen. In dem zurzeit noch rechtskräftigen Flächennutzungsplan (FNP) der Gemeinde Perl ist an dieser Stelle noch eine Sondergebietsfläche für Windenergieanlagen ausgewiesen, da der FNP bis heute nicht an den Landesentwicklungsplan angepasst wurde.

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieser Entscheidung hat der Bau- und Umweltausschuss keine Empfehlung an den Gemeinderat ausgesprochen.

Fraktionsvorsitzender Stegmann erinnerte zu Beginn seiner Ausführungen an die im Jahr 2000 hierzu geführten Diskussionen, die seinerzeit zur Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Perl geführt hatten. Da nach Auffassung der CDU-Fraktion mit der Befürwortung des vorliegenden Antrags ein Einstieg in die Errichtung von Windkraftanlagen im gesamten Gemeindegebiet ermöglicht werde, stelle sich die grundsätzliche Frage, inwieweit man hier einem Zielabweichungsverfahren zustimmen sollte. Allein um die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, insbesondere auch im Hinblick auf die Entwicklung des Fremdenverkehrs in der Gemeinde zu vermeiden, sei die CDU-Fraktion zu dem Ergebnis gekommen, den Antrag abzulehnen und kein Zielabweichungsverfahren beim MfU zu beantragen. Stegmann betonte dabei ausdrücklich, dass die Fraktion nicht grundsätzlich gegen erneuerbare Energien sei. Vielmehr sollte die Gemeinde eine Untersuchung in Auftrag geben mit dem Ziel, abzuklären, inwieweit Fotovoltaikanlagen auf den gemeindeeigenen Gebäuden errichtet werden könnten. Den Antrag zur Errichtung einer Windkraftanlage lehne die CDU-Fraktion jedoch ab.

Dem entgegnete Fraktionsvorsitzender Schreiner, dass die Entscheidung der CDU-Fraktion so nicht in die Zeit passe. Die SPD-Fraktion stehe der Errichtung von Windkraftanlagen grundsätzlich positiv gegenüber, da Windkraft eine der saubersten Formen der Energiegewinnung darstelle. Persönlich könne er die Ablehnung seitens der CDU-Fraktion nicht verstehen, da sie nicht mit der aktuell geführten Diskussion zu Klimaschutz, Energieeinsparung und insbesondere der steigenden Energiekosten vereinbar sei.

Dieser Auffassung schloss sich Frau Keren für die FDP-Fraktion an. Insbesondere verwies sie darauf, dass der Hinweis auf die Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs für sie kein Argument darstelle, eine Windkraftanlage abzulehnen, da die vorhandenen Windkraftanlagen am Renglichberg ohnehin an der Gemeindegrenze bereits vorhanden seien.

Im Rahmen der sich anschließenden zum Teil kontrovers geführten Diskussion wurde aus der Mitte der CDU-Fraktion nochmals darauf hingewiesen, dass man hier kein Einstiegszenario in die Windkraft im Bereich der Gemeinde Perl bieten wolle. Nachdem man auf einem gemeindeeigenen Grundstück eine Windkraftanlage zugelassen hätte, könne man nur sehr schwer weitere Anträge ablehnen.

Abschließend verwies der Vorsitzende in einigen grundsätzlichen Ausführungen zum Thema Windkraft u.a. auch auf ein Programm der Bundesregierung, mit dem erneuerbaren Energien mit einem bis zum Jahr 2020 ausdrücklich gefördert werden. Ergänzend verwies er auf die für die Gemeinde möglichen Einnahmen durch die hier geplante Maßnahme und bat daher um Zustimmung zu dem Zielabweichungsverfahren.

Zum Abschluss der Diskussion stellte Fraktionsvorsitzender Schreiner den Antrag auf geheime Abstimmung.

Der Gemeinderat beschloss in geheimer Abstimmung mit 12 zu 9 Stimmen, die Windkraftanlage auf dem Renglichberg zuzulassen und ein Zielabweichungsverfahren von den Festsetzungen des LEP-Umwelt beim Ministerium für Umwelt zu beantragen.

Finanzierung der Personalkosten für Hauswirtschaftskräfte im Kindergarten Leukbachtal

Das Sozialwerk Saar-Mosel e. V. hat mit Schreiben vom 28.04.2008 einen Gemeindezuschuss zu den neu entstehenden Personalkosten für den Einsatz einer Hauswirtschaftskraft im Kindergarten Leukbachtal in Oberleuken beantragt.

Ab dem 01.12.2007 wird der Einsatz von Hauswirtschaftskräften im Rahmen der zuschussfähigen Personalkosten vom Land anerkannt, wenn die hierfür notwendigen Voraussetzungen - Ganztagsangebot mit warmer Mittagsmahlzeit - erbracht werden.

Im Kindergarten Leukbachtal ist der Einsatz der Hauswirtschaftskraft an zwei Stunden pro Tag vorgesehen. Das Sozialwerk bittet die Gemeinde um Übernahme des 13-prozentigen Trägeranteils an den entsprechenden Personalkosten in Höhe von ca. 715,-- €pro Jahr.

Auf die grundlegende Beratung dieser Thematik für den Bereich der drei kirchlichen Kindertageseinrichtungen in der Gemeinderatssitzung am 10.04.2008 wurde verwiesen. Der Gemeinderat hatte die Übernahme des 13-prozentigen Trägeranteils der KiTa gGmbH Saarland für die Beschäftigung von Hauswirtschaftskräften in den Kindergärten in Besch, Nennig und Perl einstimmig beschlossen.

Nach Beratung beschloss der Gemeinderat einstimmig entsprechend dem Antrag, die anteiligen Personalkosten wie oben dargestellt mit der Maßgabe zu übernehmen, dass der zusätzliche Elternbeitrag für die das Mittagessen in Anspruch nehmenden Kinder auf 25 v. H. der Personalkosten der Hauswirtschaftskräfte festzulegen ist.

In diesem Zusammenhang erläuterte der Vorsitzende auf Anfrage von Frau Schuster bzw. Herrn Koch den Stand der Sanierungsmaßnahmen am Kindergartengebäude in Oberleuken. Er sicherte zu, dass die Arbeiten möglichst umgehend abgeschlossen werden.

Auftragsvergabe

Der Gemeinderat beschloss einstimmig die Vergabe der Erd-, Maurer und Betonarbeiten zur Erweiterung der Grundschule Dreiländereck in Perl um einen Ganztagsbetreuungsbereich an die mindestbietende Firma Groß aus Merzig-Mondorf.

Grundstücksangelegenheiten

Der Gemeinderat beschloss jeweils einstimmig die Veräußerung eines Grundstücks in Eft und die Bereitstellung gemeindeeigener Grundstücke zu Tauschzwecken im laufenden Flurbereinigungsverfahren Perl-Oberperl-Sehndorf.

Informationen

Der Gemeinderat wurde über folgende Angelegenheiten in Kenntnis gesetzt:

- **Haushaltsführung 2008 – Festsetzung der Kreisumlage für das laufende Haushaltsjahr**

Die Landrätin hat mit Festsetzungsbescheid vom 10.06.2008 die auf die Gemeinde Perl entfallende Kreisumlage 2008 mit 2.671.512,-- €festgesetzt.

Dieser Betrag liegt um 23.512,-- €über der im Haushalt veranschlagten Summe; der Differenzbetrag ist im Nachtragshaushalt entsprechend auszuweisen.

- **Sperrung der Moselbrücke Nennig-Remich wegen Sanierungsarbeiten**

Die Angelegenheit wurde am 05.08.2008 (TOP 1) gemeinsam vom Bau- und Umweltausschuss und vom Finanz- und Personalausschuss im Beisein von Frau Beissel als Vertreterin der Stadt Remich beraten. Die Ausschüsse kamen letztendlich einstimmig zu der Entscheidung, die Variante A mit einem Vollsperrungszeitraum der Brücke für den Kfz-Verkehr für die Dauer von 6,5 Monaten zu bevorzugen. Nach Aussage von Frau Beissel hat sich die Stadt Remich ebenfalls für die Variante A entschieden. Die Gemeinde wird den Landesbetrieb für Straßenbau entsprechend über diese Entscheidung schriftlich in Kenntnis setzen.